

**Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem  
Rhein-Kreis-Neuss  
-nachfolgend Kreis genannt-**

**und**

**der Stadt Dormagen,  
der Stadt Grevenbroich,  
der Gemeinde Jüchen,  
der Stadt Kaarst,  
der Stadt Korschenbroich,  
der Stadt Meerbusch,  
der Stadt Neuss und  
der Gemeinde Rommerskirchen  
-nachfolgend Städte/Gemeinden genannt-**

zur Übertragung von Entsorgungsaufgaben gem. §§ 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG NRW) vom 01.10.1979 in der z. Z. geltenden Fassung i. V. m. § 5 Abs. 7 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbFG NRW) vom 21.05.1988 in der z. Z. geltenden Fassung

**§ 1**

**Aufgabenübertragung**

Die Städte/Gemeinden übertragen ihre Pflichten nach § 13 Abs. 1 des Elektro- und Elektronikgesetzes (ElektroG) zur Bereitstellung von Sammelstellen, an denen Altgeräte aus privaten Haushalten angeliefert werden können, gem. § 5 Abs. 7 LAbFG NRW auf den Kreis. Der Kreis übernimmt diese Pflichten.

**§ 2**

**Gebühren**

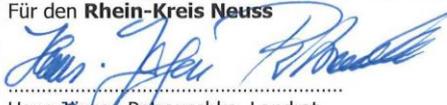
Der Kreis berücksichtigt die Kosten, die ihm durch die Aufgabenübertragung nach § 1 entstehen, bei der Kalkulation der Abfallgebühren, die er von den Städten/Gemeinden erhebt.

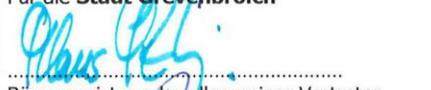
**§ 3**

**Laufzeit**

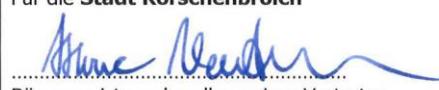
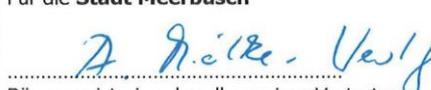
Die Vereinbarung wird am Tage nach der Bekanntmachung im Veröffentlichungsblatt der Bezirksregierung wirksam. Die Vereinbarung endet zum 31.12.2021 und verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern die Vereinbarung nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird. Die Vereinbarung endet vorzeitig, wenn die übertragene Pflicht für die Städte/Gemeinden entfällt oder die Zuständigkeit des Kreises als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger endet.

Neuss, 29.03.2018

Für den **Rhein-Kreis Neuss**  
  
.....  
Hans-Jürgen Petrauschke, Landrat  
  
.....  
Dirk Brügge, Kreisdirektor

<p>Für die <b>Stadt Dormagen</b>  ..... Bürgermeister oder allgemeiner Vertreter  ..... weitere vertretungsberechtigte Person</p>	<p>Für die <b>Stadt Grevenbroich</b>  ..... Bürgermeister oder allgemeiner Vertreter  ..... weitere vertretungsberechtigte Person</p>
---	---

<p>Für die <b>Gemeinde Jüchen</b>  ..... Bürgermeister oder allgemeiner Vertreter  ..... weitere vertretungsberechtigte Person</p>	<p>Für die <b>Stadt Kaarst</b>  ..... Bürgermeisterin oder allgemeiner Vertreter  ..... weitere vertretungsberechtigte Person</p>
---	--

<p>Für die <b>Stadt Korschenbroich</b>  ..... Bürgermeister oder allgemeiner Vertreter  ..... weitere vertretungsberechtigte Person</p>	<p>Für die <b>Stadt Meerbusch</b>  ..... Bürgermeisterin oder allgemeiner Vertreter  ..... weitere vertretungsberechtigte Person</p>
---	--

<p>Für die <b>Stadt Neuss</b>  ..... Bürgermeister oder allgemeiner Vertreter  ..... weitere vertretungsberechtigte Person</p>	<p>Für die <b>Gemeinde Rommerskirchen</b>  ..... Bürgermeister oder allgemeiner Vertreter  ..... weitere vertretungsberechtigte Person</p>
--	--



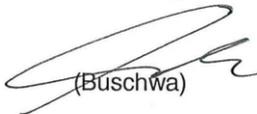
Datum: 08.05.2018  
Aktenzeichen: 31.01.01-NE-  
GkG-67

### **G e n e h m i g u n g**

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und der Stadt Dormagen, der Stadt Grevenbroich, der Gemeinde Jüchen, der Stadt Kaarst, der Stadt Korschenbroich, der Stadt Meerbusch, der Stadt Neuss und der Gemeinde Rommerskirchen vom 29.03.2018 zur Übertragung von Entsorgungsaufgaben wird hiermit aufsichtsbehördlich genehmigt.

Rechtsgrundlage hierfür ist § 24 Abs. 2 in Verbindung mit § 29 Abs. 4 Satz 2 Ziffer 1 b) des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV. NRW. S. 621 / SGV. NRW. 202) in der zurzeit gültigen Fassung.

Im Auftrag

  
(Buschwa)